

Ordnung der Hamburgischen Architektenkammer über die öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen (Sachverständigenordnung)



Vom 12. Januar 1977 (Amtl. Anz. S. 1085) mit der Änderung vom 15. November 2010 (Amtl. Anz. S. 2675)

I. Voraussetzungen für die öffentliche Bestellung und Vereidigung

§ 1

Die Kammer kann Sachverständige für Architektenleistungen auf den Sachgebieten:

1. Technisch-wirtschaftliche und gestalterische Bauplanung
2. Begutachtung der Bebaubarkeit von Grundstücken
3. Begutachtung der Kosten der Errichtung und Wiederherstellung von Gebäuden
5. Überwachung der Bauausführung
6. Bauvertragswesen (Verdingungsunterlagen einschließlich Leistungsbeschreibung, Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung), ausgenommen Rechtsberatung
7. Sachfragen der Honorierung von Architektenleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI).

öffentlich bestellen und vereidigen. Auf die öffentliche Bestellung und Vereidigung besteht kein Rechtsanspruch.

§ 2

(1) Die öffentliche Bestellung und Vereidigung kann nur erfolgen, wenn dafür ein allgemeines Bedürfnis vorliegt.

(2) Zum Sachverständigen kann öffentlich nur bestellt und vereidigt werden, wer

- a) bereit ist, als öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger tätig zu werden,
- b) seine berufliche Niederlassung oder, falls eine solche nicht besteht, seinen Wohnsitz im Bezirk der Kammer hat,
- c) voll geschäftsfähig ist sowie das 30. Lebensjahr vollendet und das 62. Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
- d) in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt,
- e) die persönliche Eignung besitzt und nach mindestens fünfjähriger praktischer Tätigkeit besondere Sachkunde und die Fähigkeit, Gutachten zu erstatten, nachweist,
- f) die Gewähr für Unparteilichkeit und Unabhängigkeit sowie für die Einhaltung der Verpflichtungen eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen bietet,
- g) über die zur Ausübung der Tätigkeit als Sachverständiger erforderlichen Einrichtungen verfügt und
- h) den Nachweis erbringt, insbesondere durch Abschluss einer Haftpflichtversicherung, dass er in der Lage ist, durch die Sachverständigentätigkeit begründete Schadenersatzverpflichtungen zu regulieren.

Von den Altersfordernissen des Buchstaben c) können im Einzelfall Ausnahmen zugelassen werden.

(3) Personen, gegen deren Eignung Bedenken bestehen, dürfen nicht als Sachverständige bestellt werden.

II. Vornahme der öffentlichen Bestellung und Vereidigung

§ 3

Über die öffentliche Bestellung und Vereidigung eines Sachverständigen entscheidet der unabhängige Eintragungsausschuss.

§ 4

Der unabhängige Eintragungsausschuss händigt dem Sachverständigen vor der öffentlichen Bestellung und Vereidigung einen Abdruck dieser Sachverständigenordnung aus. Der Sachverständige hat schriftlich zu bestätigen, dass er ihre Bestimmungen zur Kenntnis genommen hat.

§ 5

(1) Der Sachverständige wird durch den Präsidenten der Kammer oder durch dessen Stellvertreter öffentlich bestellt.

(2) Die Bestellung ist auf bestimmte Sachgebiete zu beschränken. Sie kann – auch nachträglich – befristet und mit Auflagen verbunden werden.

§ 6

(1) Der Sachverständige wird durch den Präsidenten der Kammer oder durch dessen Stellvertreter vereidigt.

(2) Der Sachverständige hat folgenden Eid zu leisten: „Ich schwöre, dass ich die Aufgaben eines öffentlich bestellten Sachverständigen gewissenhaft und unparteiisch erfüllen, die bestehenden Vorschriften beachten, Verschwiegenheit bewahren und die von mir angeforderten Gutachten gewissenhaft und unparteiisch erstatten werde.“

(3) Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig.

(4) Will ein Sachverständiger aus Glaubens- oder Gewissensgründen keinen Eid leisten, so treten an die Stelle der Worte: „ich schwöre ...“ die Worte: „Ich erkläre und bekräftige im Bewusstsein meiner Verantwortlichkeit ..“.

(5) Wird eine befristete Bestellung verlängert oder das Sachgebiet einer Bestellung erweitert oder geändert, so genügt statt der Eidesleistung die Bezugnahme auf den früher geleisteten Eid.

(6) Über die öffentliche Bestellung und Vereidigung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von dem Sachverständigen zu unterschreiben ist.

§ 7

Die Kammer händigt dem Sachverständigen nach der öffentlichen Bestellung und Vereidigung die Bestallungsurkunde, einen Ausweis und einen Stempel aus. Bestallungsurkunde, Ausweis und Stempel bleiben Eigentum der Kammer.

§ 8

Die Kammer macht die öffentliche Bestellung und Vereidigung des Sachverständigen in ihrem Mitteilungsblatt und außerdem im Amtlichen Anzeiger bekannt.

III. Pflichten der öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen

§ 9

Der Sachverständige hat die Aufgaben eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen gewissenhaft zu erfüllen und die von ihm angeforderten Gutachten unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen zu erstellen.

§ 10

(1) Der Sachverständige ist zur Erstattung von Gutachten gegenüber Gerichten und Verwaltungsbehörden nach Maßgabe der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften, insbesondere nach den §§ 75, 76 Strafprozessordnung, 407, 408 Zivilprozessordnung, 96 Abgabenordnung, verpflichtet.

(2) Der Sachverständige ist zur Erstattung von Gutachten auch gegenüber anderen Auftraggebern verpflichtet. Er kann die Erstattung des Gutachtens nur unverzüglich und aus wichtigem Grund ablehnen. Die Ablehnung ist dem Auftraggeber unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

(3) Der Sachverständige ist verpflichtet:

- a) in Fällen des Absatzes 1 zu beantragen, von der Verpflichtung zur Erstattung des Gutachtens befreit zu werden,
- b) in Fällen des Absatzes 2 die Erstattung des Gutachtens abzulehnen,

wenn ein Sachverhalt vorliegt, der geeignet ist, Zweifel an seiner Unparteilichkeit zu begründen. Dies gilt insbesondere dann, wenn er in derselben Angelegenheit bereits für einen anderen Auftraggeber tätig geworden ist oder zu dem Auftraggeber in persönlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeit steht.

§ 11

Der Sachverständige hat angeforderte Gutachten schriftlich zu erstellen, es sei denn, dass der Auftraggeber hierauf verzichtet hat. Über das Ergebnis eines mündlich erstatteten Gutachtens ist eine Niederschrift zu fertigen.

§ 12

(1) Der Sachverständige hat bei gutachterlicher Tätigkeit auf dem Sachgebiet, für das er öffentlich bestellt und vereidigt ist,

- a) die Bezeichnung „von der Hamburgischen Architektenkammer öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für ... (Angabe des Sachgebietes gemäß der Bestallungsurkunde)“ zu führen,
- b) den von der Kammer ausgehändigten Stempel zu verwenden und seinen Ausweis auf Verlangen vorzuzeigen.

In anderen Fällen ist dem Sachverständigen die Verwendung der vorstehend aufgeführten Kennzeichen untersagt.

(2) Der Sachverständige darf seine öffentliche Bestellung und Vereidigung entsprechend den Richtlinien über die Kundmachung der öffentlichen Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen (Anlage zur Sachverständigenordnung) in angemessener Weise kundmachen, jedoch mit seiner öffentlichen Bestellung und Vereidigung und für seine Sachverständigentätigkeit oder sonstige berufliche Tätigkeit nicht werben.

§ 13

(1) Der Sachverständige hat über jedes von ihm erstellte Gutachten Aufzeichnungen anzufertigen.

(2) Der Sachverständige ist verpflichtet:

- a) die Aufzeichnungen (Absatz 1),
- b) die Durchschriften der schriftlichen Gutachten (§ 11 Satz 1),
- c) die Niederschriften über das Ergebnis mündlicher Gutachten (§ 11 Satz 2) und
- d) die sonstigen schriftlichen Unterlagen, die sich auf seine Tätigkeit als öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger beziehen, mindestens 7 Jahre aufzubewahren. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die Aufzeichnungen anzufertigen waren oder die Unterlagen entstanden sind.

§ 14

Dem Sachverständigen ist es untersagt, die bei der Ausübung seiner Tätigkeit erlangten Kenntnisse anderen Personen als dem Auftraggeber unbefugt mitzuteilen oder zum Schaden anderer oder zu seinem oder zum Nutzen anderer unbefugt zu verwerten.

§ 15

(1) Der Sachverständige kann seine Haftung für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit nicht ausschließen.

(2) Vereinbarungen über einen zulässigen Haftungsausschluss können nur ausdrücklich und schriftlich vor Gutachtenerstattung getroffen werden.

§ 16

Der Sachverständige darf nur eine Niederlassung für seine Tätigkeit als öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger haben. Der unabhängige Eintragungsausschuss kann in besonders begründeten Ausnahmefällen die Errichtung einer weiteren Niederlassung gestatten.

§ 17

Der Sachverständige hat dem unabhängigen Eintragungsausschuss unverzüglich anzuzeigen:

- a) die Änderung seiner beruflichen Niederlassung und seiner Wohnung,
- b) die Änderung seines Berufes,
- c) die Änderung seiner Kammermitgliedschaft,
- d) den Verlust der Bestallungsurkunde oder des Stempels,
- e) die Einleitung eines Entmündigungsverfahrens,
- f) die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung nach § 807 Zivilprozessordnung und den Erlass eines Haftbefehls zur Erzwingung einer eidesstattlichen Versicherung nach § 901 Zivilprozessordnung,
- g) die Stellung des Antrages auf Eröffnung des Vergleichs- oder Konkursverfahrens über sein Vermögen, die Eröffnung eines solchen Verfahrens und die Abweisung der Eröffnung des Konkursverfahrens mangels Masse und
- h) ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren, den Erlass eines Haft- oder Unterbringungsbefehls, die Erhebung der öffentlichen Klage, den Termin zur Hauptverhandlung, das Urteil oder den sonstigen Ausgang des Verfahrens.

§ 18

(1) Der Sachverständige hat auf Verlangen dem Kammervorstand die zur Überwachung seiner Tätigkeit erforderliche mündliche oder schriftliche Auskunft innerhalb der gesetzten Frist und unentgeltlich zu erteilen. Er kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen seiner Angehörigen (§ 52 Strafprozessordnung) der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

(2) Der Sachverständige hat auf Verlangen die aufbewahrungspflichtigen Unterlagen (§ 13 Absatz 2) dem Kammervorstand in den Räumen der Kammer vorzulegen und für einen angemessenen Zeitraum zu überlassen.

§ 19

Der Sachverständige hat sich auf dem Sachgebiet, für das er öffentlich bestellt und vereidigt ist, ständig hinreichend fortzubilden.

§ 20

(1) Der Sachverständige darf Hilfskräfte nur zur Vorbereitung des Gutachtens und nur insoweit beschäftigen, als er ihre Mitarbeit ordnungsgemäß überwachen kann.

(2) Beschäftigt der Sachverständige Hilfskräfte, trägt er gleichwohl persönlich und uneingeschränkt die Verantwortung.

IV. Erlöschen der öffentlichen Bestellung

§ 21

(1) Die öffentliche Bestellung erlischt, außer im Falle des Todes, wenn

- a) der Sachverständige gegenüber der Kammer schriftlich erklärt, dass er nicht mehr als öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger tätig werden will,
- b) der Sachverständige seine berufliche Niederlassung oder, falls eine solche nicht besteht, seinen Wohnsitz außerhalb des Bezirks der Kammer verlegt,
- c) die Zeit einer befristeten Bestellung abläuft,
- d) der Präsident der Kammer oder dessen Stellvertreter die öffentliche Bestellung zurücknimmt oder widerruft (§ 22) oder
- e) der Sachverständige das 68. Lebensjahr vollendet hat.

(2) Die Kammer kann im Falle des Absatzes 1 Buchstabe e) befristete Verlängerungen der öffentlichen Bestellung bis jeweils maximal drei Jahre zulassen. Dafür bedarf es eines begründeten Antrags des Sachverständigen sowie des Nachweises seiner aktiven Sachverständigentätigkeit insbesondere durch Vorlage von Gutachten, die vom Antragsteller innerhalb der letzten drei Jahre vor Antragstellung erstattet worden sein sollen. Der Antrag ist spätestens sechs Monate vor Ablauf des jeweiligen Beststellungszeitraums zu stellen.

§ 22

(1) Der Präsident der Kammer oder dessen Stellvertreter hat auf Antrag des unabhängigen Eintragungsausschusses die öffentliche Bestellung zu widerrufen, wenn:

- a) die in § 17 Buchstabe e), f) und g) genannten Tatbestände vorliegen oder
- b) der Sachverständige rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt oder ein Unterbringungsbefehl gegen ihn erlassen worden ist oder
- c) der Sachverständige wiederholt oder gröblich seine Verpflichtungen nach §§ 9 bis 20 verletzt hat.

(2) Neben den Bestimmungen des Absatzes 1 gelten uneingeschränkt die allgemeinen Grundsätze zum Widerruf und zur Zurücknahme von begünstigenden Verwaltungsakten.

§ 23

Die Kammer macht das Erlöschen der Bestellung in ihrem Mitteilungsblatt und außerdem im Amtlichen Anzeiger bekannt.

§ 24

Der Sachverständige hat nach Erlöschen der öffentlichen Bestellung der Kammer Bestallungsurkunde, Ausweis und Stempel zurückzugeben.

V. Schlussbestimmung

§ 25

Diese Bestimmungen treten am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.